

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich am Freitag, den 12. August, bei Vertheilung von 100 Exemplaren. Die Abonnementspreise sind in der Rubrik angegeben. Die Redaktion ist in der Wilsdruffer Straße 206, Dresden, zu erreichen. Die Redaktion ist in der Wilsdruffer Straße 206, Dresden, zu erreichen.



Einzelnenpreis laut aufliegender Preisliste Nr. 2. — Liefer- und Abdruck-Preise sind in der Preisliste angegeben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. — Die Redaktion ist in der Wilsdruffer Straße 206, Dresden, zu erreichen.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Nr. 189 — 98. Jahrgang

Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt

Trabantschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 3640 Mittwoch, den 16. August 1939

„Schüler Pilsudskis“

Der polnische Außenminister Bed wird von der polnischen Propaganda in der ganzen Welt als der „Schüler“ des großen Marschalls der Polen angepriesen. Die heutige polnische Regierung behauptet, sie sei die politische „Erbin“ Pilsudskis. Sie vertritt die seine genialen außenpolitischen Konzeptionen. Sie tue das, was der Marschall auch getan hätte.

Der Marschall lebt nicht mehr. Da ist es einfach, die Tatsachen zu verdrehen und der Welt vorzugaukeln, daß die polnische Außenpolitik eine einheitliche, gerade Linie verfolge. Unter dem Turm der silbernen Glocken ruht in einem silbernen Sarg sein Leichnam. In diesem Grab wahren die polnischen Herren Minister. Dorthin begibt sich Marschall Rzymski, der Nachfolger des Marschalls. Symbolisch soll damit angedeutet werden, daß die Epigonen die Pläne ihres großen Meisters verwirklichen.

Und wie sieht die Wahrheit aus? „Nur Pilsudski kann in seinem Lande etwas ausrichten, und er hat das Formiat für große Leistungen“, sagte von ihm Aukin Chamberlain. Pilsudski bewies das, als er mit dem Führer der Nichtangriffspakt schloß, der die deutsch-polnischen Beziehungen bereinigen sollte. Solange der Marschall lebte, konnte man mit berechtigten Hoffnungen auf die Entwicklung dieser Beziehungen in die Zukunft blicken. Zunächst legte auch die politische „Erbin“ seine Politik fort. Sie nahmen gegenüber dem deutsch-polnischen Problem sogar eine scheinbar wohlwollende Haltung ein. Selbst das nationalradikale L'Œuvre schrieb vor einigen Wochen: „Bevor England seinen großen Koalitionsversuch ins Werk gesetzt und sein Garantierversprechen abgegeben hatte, hätten die Polen die Danzig-Angelegenheit sozusagen als geregelt betrachtet. Dann hat Polen sich aber plötzlich verheißt und Danzig als seinen Lebensraum betrachtet. Die Polen verweigerten nicht nur jede Verhandlung und Aussprache über das Regime der freien Stadt und das Problem des Korridors im Korridor“, sondern sie verlangten jetzt noch obendrein ihrerseits die Souveränität.“ Der brennende Ehrgeiz der Herren in Warschau und die englische Politik haben Polen so weit gebracht, daß es von der bewährten Linie des Marschalls abgewichen ist.

Pilsudski war kein Visionär. Im Mai dieses Jahres veröffentlichte die polnische Zeitschrift „Polityka“ ein Interview mit dem ehemaligen Abgeordneten und Minister Krzyżowski, einem der vertrauten Freunde Pilsudskis. „Die war das Verhältnis des Marschalls zu den Deutschen?“ fragte der Reporter. „Er hielt die Deutschen für ein großes Volk und schätzte ihre Arbeit sehr hoch. Er war der Ansicht, daß die Gefahr, die uns von dieser Seite droht, auf die Dauer nicht zu befürchten ist. (Die Formulierung dieses Satzes scheint eine Konzession an die antideutsche Stimmung in Polen zu sein.) Da unsere Expansion nach dem Westen keine Aussicht auf Erfolg verspricht, war es sein Wunsch, die polnischen Großmachtpläne nach dem Osten auszurichten.“

Der Abgeordnete Diamand von der alten Pilsudski-Partei gab offen zu, daß Pilsudski ihm einmal gesagt habe, daß „Polen viel zuviel Fremdbestimmungen unter seiner Bevölkerung habe, und man täte unter Umständen besser, auf Land zu verzichten, um dadurch die nationale Einheit fester zu gestalten.“

Pilsudski wußte, daß Polen im Westen Gebiete erhalten hat, die es nicht hätte beanspruchen dürfen. Für besonders gefährlich sah er die Schaffung des Korridors an, von dem selbst der französische General Wagan behauptet, er sei „unruhig im Frieden, nicht zu verteidigen im Krieg“. Pilsudski war Realist, und es wußte, daß sich das deutsche Volk niemals mit der Trennung Ostpreußens vom Mutterlande einverstanden erklären könne. Er wollte nicht eine Auseinandersetzung mit Deutschland. Er schloß den Nichtangriffspakt mit dem Reich, um die Gegensätze, die zwischen den beiden Staaten bestanden, aus der Welt zu schaffen. Er wußte, daß das nicht einfach ist und daß man erst Vorurteile beseitigen müsse. Aber das große Ziel lohnte den Einsatz.

Pilsudski wurde von seinen Gegnern, besonders von der Nationaldemokratie, wegen dieser Haltung schon vor vielen Jahren hart angegriffen. Die nationaldemokratische Presse redet seit jeher von der „gerichtsnotorisch bekannten Tatsache“, daß Pilsudski gegen die Forderungen im Westen gewesen sei. Verschiedentlich wurden die verantwortlichen Akteure derartiger Behauptungen vor Gericht zitiert, aber jedesmal konnten sie entsprechende Beweise für ihre Thesen beibringen. Als 1920 die Anhänger Korfaunts entgegen dem oberösterreichischen Abstimmungsresultat von 60 v. H. für Deutschland das Eingreifen Pilsudskis verlangten, da sagte er zu ihnen: „Nach Oberösterreich geläufiger auch! Das ist eine unmögliche Sache. Oberösterreich ist doch eine uralte deutsche Kolonie.“

Seine Will man das in Polen nicht wahrhaben. Man soll dann aber auch nicht behaupten, daß man die traditionelle Politik des großen Marschalls fortsetze.

„Es wird etwas geschehen“

Die Einkreiser in Unruhe über die Entscheidungen der Udse

Immer noch beschäftigt ist die Presse der Einkreislerstaaten mit dem Salzburger Gespräch. Ein Zeichen für die Unsicherheit der westdemokratischen Politiker und für die außerordentliche Unruhe und Nervosität. Bezeichnend ist die Haltung der Pariser Presse, die von Anfang an pessimistisch, diesen Pessimismus immer noch weiter steigert. Die unangenehme Haltung der Udse und die unmissverständlichen Erklärungen der italienischen wie der deutschen Presse haben die großen französischen Blätter zu der Ueberzeugung gebracht, daß es den Westmächten ernst ist und daß sie keiner Entscheidung aus dem Wege gehen. Man ist sich in Paris darüber klar, daß die Udse eine Entscheidung treffen werden. Wie diese Entscheidung aber aussehen wird, darüber wird weiter gestritten.

Um nun die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten, daß zweifellos etwas geschehen wird, und vor allem, um den Eindruck zu vermeiden, daß Frankreich gegebenenfalls gezwungen sein könnte, sich wegen Danzig zu schlagen, erklärt die Pariser Presse jetzt, daß es sich um die Republik Polen und damit um eine Gesamtregelung aller europäischen Fragen, d. h. eine Umwälzung des Status quo handelt. „Journal“ betont in diesem Zusammenhang, Frankreich und England hätten niemals verheimlicht, daß sie keiner Eingliederung Danzigs zustimmen würden, die im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erfolge, die aber „in Wirklichkeit“ eine unbrecherbare Verbindung der bestehenden Verträge bedeute. Der Londoner Berichterstatter des „Figaro“ verteilte in geradezu beunruhigender Klarheit wieder die englische Zieltrias, daß man in diesen Tagen der Spannung nach Italien blicken müsse, in der Hoffnung, daß hier die Udse angelehrt werde, die geeignet sei, „Italien und Europa zu retten“.

Der Traum von der „Größe Polens“

Die polnische Presse stellt weiterhin allerlei Vermutungen über das Ergebnis der Besprechungen in Salzburg und Berchtesgaden an, und das Regierungsblatt „Trybun Poranny“ liefert seinen Lesern allerlei vor dem angeblichen Inhalt dieser Besprechungen. Der „Kurier Warszawski“ stützt sich in seinen Betrachtungen auf angebliche Informationen aus Rom.

„Sie wollten endlich nach Hause“

Wieder 150 deutsche Rückwanderer aus USA. und Kanada

Mit dem seit nunmehr über zwei Jahre anhaltenden Strom deutscher Rückwanderer wird am Donnerstag an Bord des Hochseeschiffes „Bremen“ in Bremerhaven wieder eine größere Gruppe Volksdeutscher einreisen, um eine zweifelhafte Existenz in der Fremde mit einer gesicherten Zukunft im neuen Großdeutschen Reich zu vertauschen.

Die Gruppe umfaßt diesmal 150 Volksdeutsche. Einige von ihnen waren seit Generationen in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Kanada anwesend, andere wurden erst durch die Not der Nachkriegszeit aus Deutschland vertrieben. Unter ihnen sind Banater Schwaben und Volksdeutsche, die erst nach der Volkswissenschaft auf dem Umweg über die deutschen Siedlungsgebiete in Südwestrußland nach Amerika gelangten; es sind auch Danziger unter ihnen, deren Vorfahren Deutschland schon vor mehr als 200 Jahren verließen, deren Kinder aber heute noch flehentlich deutsch sprechen und die jetzt einer langgehegten Sehnsucht folgen, wenn sie in die alte Heimat zurückkehren.

Von diesen rasch hochwertigen, lebensfähigen Menschen wurden viele nur arbeitslos, weil sie deutscher Abstammung waren, und sie blieben arbeitslos, ohne daß sich irgendein Reich um ihr Schicksal kümmerte. Einer dieser Rückwanderer, dessen Vorfahren 150 Jahre lang in Südamerika gelebt haben, und der Deutschland noch niemals gesehen hat, erklärte schlicht: „Wir wollen endlich nach Hause.“

20000 Rückwanderer in zweieinhalb Jahren

Bei einem Presseempfang auf Einladung der Auslandsorganisation der NSDAP im Rückwandereramt der NSDAP in Berlin am 12. August führte der Leiter des Rückwandereramtes, Staatssekretär A. B. A. A., aus, die Auslösung der Rückwanderer, die im Jahre 1937 rund 20.000, 1938 etwa 30.000 und in der ersten Hälfte des Jahres 1939 bereits 20.000 Menschen umfaßt.

Wie der Leiter des Rückwandereramtes weiter ausführte, kamen bei der Betreuung der Rückwanderer drei Generationen deutlich zum Ausdruck: Rückführung von Rußlanddeutschen, Heimkehr von Ostpreußen, die durch den Ausbruch des Bürgerkrieges gezwungen waren, in die Heimat zurückzukehren. In allen diesen Fällen sei es gelungen, durch rechtlichen Einsatz der vorhandenen Mittel Tausenden von Volksdeutschen, die draußen Arbeit und Besitz verloren hatten, zu helfen.

„Es wird etwas geschehen“

Die Einkreiser in Unruhe über die Entscheidungen der Udse

Immer noch beschäftigt ist die Presse der Einkreislerstaaten mit dem Salzburger Gespräch. Ein Zeichen für die Unsicherheit der westdemokratischen Politiker und für die außerordentliche Unruhe und Nervosität. Bezeichnend ist die Haltung der Pariser Presse, die von Anfang an pessimistisch, diesen Pessimismus immer noch weiter steigert. Die unangenehme Haltung der Udse und die unmissverständlichen Erklärungen der italienischen wie der deutschen Presse haben die großen französischen Blätter zu der Ueberzeugung gebracht, daß es den Westmächten ernst ist und daß sie keiner Entscheidung aus dem Wege gehen. Man ist sich in Paris darüber klar, daß die Udse eine Entscheidung treffen werden. Wie diese Entscheidung aber aussehen wird, darüber wird weiter gestritten.

Um nun die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten, daß zweifellos etwas geschehen wird, und vor allem, um den Eindruck zu vermeiden, daß Frankreich gegebenenfalls gezwungen sein könnte, sich wegen Danzig zu schlagen, erklärt die Pariser Presse jetzt, daß es sich um die Republik Polen und damit um eine Gesamtregelung aller europäischen Fragen, d. h. eine Umwälzung des Status quo handelt. „Journal“ betont in diesem Zusammenhang, Frankreich und England hätten niemals verheimlicht, daß sie keiner Eingliederung Danzigs zustimmen würden, die im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erfolge, die aber „in Wirklichkeit“ eine unbrecherbare Verbindung der bestehenden Verträge bedeute. Der Londoner Berichterstatter des „Figaro“ verteilte in geradezu beunruhigender Klarheit wieder die englische Zieltrias, daß man in diesen Tagen der Spannung nach Italien blicken müsse, in der Hoffnung, daß hier die Udse angelehrt werde, die geeignet sei, „Italien und Europa zu retten“.

große Verantwortungslosigkeit. Die Zeitung „Popolo di Roma“ spricht von einer „Offensive der Tölpel“ und erklärt, die Polen seien geradezu vom Wahnsinn gepackt.

Schuld an der Zuspitzung der Lage seien allein London und Paris. Ohne sie hätte Polen niemals gewagt, der Rückkehr Danzigs ins Reich ernsthaftes Hindernisse in den Weg zu setzen.

Die großen ungarischen Zeitungen besaßen sich in letzter Zeit mit diesem neuen Ängselzug und der tendenziösen Ausbreitung alarmierender Unwahrheiten und weisen alle Gerüchte über Ungarn und Deutschland energig zurück. Die ungarischen Blätter verichern den Berichtsmotoren, daß die Udse, Stimmungen gegen gewisse Staaten zu erzeugen, völlig ungeschicklich sei. Man nehme in Budapest die Propaganda einer aufgeregten Phantasie seit langem nicht mehr ernst. Das Budapest-Regierungsblatt bezeichnet den Ängselzug ausländischer Blätter als „ganz große Gewissenlosigkeit Europa gegenüber“.

In diesem Zusammenhang befaßt sich auch das Belgischer Regierungsblatt „L'Echo“ mit der Taktik der Demokratie, die mit allen Mitteln die kleineren Staaten zu ihren Befallen machen wollten. Die „Breme“ nennt diese Politik eine „außenpolitische Diktatur“, die in dem Bestreben zum Ausdruck komme, die kleinen Staaten in das Vordringen der Demokratie hineinzuziehen und sich gegen den Willen dieser Staaten durch einseitige Garantien in ihre politischen Verhältnisse einzumischen.

Polenterror raff weiter

Wieder zwölf Volksdeutsche verhaftet

Immer neue Verleumdungen

Als Aufwiegler entlarvt

Lies Deine Heimatzeitung das Wilsdruffer Tageblatt

Das Wilsdruffer Tageblatt

Das Wilsdruffer Tageblatt

Das Wilsdruffer Tageblatt

Demokratische Lügenhebe am Pranger

Ungarn rechnet mit den Gerichten

Als Aufwiegler entlarvt

Als Aufwiegler entlarvt

Als Aufwiegler entlarvt

Als Aufwiegler entlarvt

Als Aufwiegler entlarvt

Als Aufwiegler entlarvt